

SCHWEIZER GASTGEWERBE – In der Restauration wurden im vergangenen Jahr inklusive Teilzeitstellen gegen 10 000 neue Arbeitsstellen geschaffen. Damit konnte rund ein Drittel des Stellenrückgangs seit 2008 kompensiert werden. Doch der Fachkräftemangel bereitet der Branche Sorgen.

Mehr Gäste, aber weniger Umsatz

Die insgesamt rund 29 000 Hotellerie- und Restaurationsbetriebe der Branche sind ein wichtiger Wirtschaftsmotor. Das Gastgewerbe gehört zu den grössten Arbeitgebern des Landes. Die Branche gibt über 260 000 Personen eine Beschäftigung und bildet gegen 8000 Lernende aus. Erfreulich deshalb: Die Erholung im Schweizer Gastgewerbe hält an. Doch das geschieht nicht überall. Und: Der Konsum von gastgewerblichen Leistungen hat 2018 zugenommen, die jährlichen Pro-Kopf-Ausgaben im Ausserhauskonsum und der Umsatz pro Logiernacht sind jedoch gesunken.

Mehr Gäste konsumieren weniger

Der «gastgewerbliche Ausserhauskonsum» 2018 belief sich gemäss Hochrechnungen auf insgesamt knapp 23 Milliarden Franken. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Abnahme von gut 700 Millionen Franken (–3 Prozent). Trotz steigender Gästezahl in der Restauration (+2,4 Prozent) ist der Ausserhauskonsum gesunken. Die Zahlen basieren auf der Studie «Essen & Trinken ausser Haus» des Marktforschungsinstituts amPuls Market Research im Auftrag von GastroSuisse.

Die Beherbergung verzeichnete 2018 mit 38,8 Millionen Logiernächten einen neuen Rekord (+3,8 Prozent). Der Umsatz pro Logiernacht

indessen ist seit Jahren rückläufig und hat auch 2018 weiter abgenommen (–0,1 Prozent).

Lehrlings- und Fachkräftemangel

«Das Gastgewerbe hat nach wirtschaftlich schwierigen Jahren wieder Tritt gefasst, doch die positiven Nachrichten sind zu relativieren», stellte GastroSuisse-Präsident **Casimir Platzer** an der Jahresmedienkonferenz des Branchenverbandes für Hotellerie und Restauration in Bern fest. Die Erhaltung des Umsatzes, steigende Betriebskosten, die Suche nach Fachkräften und überbordende bürokratische Auflagen belasteten die Betriebe. Zu den grössten Sorgen der Branche zählt jedoch der Fachkräftemangel, der sowohl in der Restauration als auch in der Hotellerie zugenommen hat. «Die Rekrutierung von Fachkräften gehört zu den grössten Herausforderungen im Gastgewerbe», so Platzer. «Angesichts der Tatsache, dass die Anzahl der Lernenden im Gastgewerbe seit Jahren rückläufig ist, müssen wir davon ausgehen, dass sich der Fachkräftemangel in der nahen Zukunft sogar noch weiter verschärfen wird.» Auch die Entwicklung der Betriebszahlen beschäftigt die Branche. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Regionen gross. Vor allem bevölkerungsarme Gemeinden verzeichnen einen Rückgang. In den grössten

Schweizer Städten hingegen stieg die Zahl der Betriebe an.

Erstmals ein Abstimmungsrating

Mit besonderer Aufmerksamkeit blickt GastroSuisse auf die National- und Ständeratswahlen vom 20. Oktober 2019. «Bundesbern braucht Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche die Interessen der Hoteliers und Restaurateure auf dem politischen Parkett adäquat vertreten», fordert Präsident Platzer. GastroSuisse hat deshalb analog dem schweizerischen Gewerbeverband sgV – im Rahmen eines Abstimmungsratings eruiert, «welche politischen Fraktionen und Parlamentarier auf eidgenössischer Ebene am gastgewerbe- und tourismusfreundlichsten sind». Aus dem Abstimmungsrating leitet GastroSuisse Wahlempfehlungen zu den eidgenössischen Wahlen ab. Das Ranking der Fraktionen zeigt, dass die bürgerlichen Fraktionen am gastgewerbe- und tourismusfreundlichsten

abgestimmt haben. Die CVP-Bundeshausfraktion schnitt am besten ab. Der zweite Platz geht an die BDP-Fraktion. Auf dem dritten Rang folgen gemeinsam die FDP und SVP.

Von aktuellen Trends profitieren

«Die aktuellen Konsumtrends bieten dem Gastgewerbe gute Chancen, um seine Stärken zu zeigen», weiss GastroSuisse-Direktor **Daniel Borner**. Von besonderer Bedeutung ist das zunehmende Interesse der Gäste an hausgemachten, regionalen und handwerklich hergestellten Lebensmitteln. «Die hausgemachte Küche ist für viele Konsumentinnen und Konsumenten ein relevantes Kriterium bei ihrer Restaurantwahl», stellt Borner aufgrund von neuen Umfrageergebnissen fest und zieht – entgegen dem anhaltenden Medienhype – das Fazit: «Der Trend «hausgemacht» ist für Gäste weit relevanter als der zur vegetarischen und veganen Ernährung.» *Gerhard Enggist* www.gastrouisse.ch

STELLENMELDEPFLICHT

Verbesserungen nötig

«Die mangelhafte Umsetzung der Stellenmeldepflicht ist noch nicht korrigiert», moniert GastroSuisse-Präsident **Casimir Platzer**. Seit der Einführung der Stellenmeldepflicht müssen die meisten offenen gastgewerblichen Stellen dem RAV gemeldet werden. Das Gastgewerbe als personalintensive Branche mit vergleichsweise hohen Fluktuationen im Personalbestand, insbesondere vielen Teilzeitmitarbeitenden und Saisoniers ist von der Umsetzung besonders stark betroffen. «Die langen Wartezeiten führen zu einer Überbelastung des angestellten Personals und erschweren die Betriebsführung.» GastroSuisse fordert weiterhin Verbesserungen in der Umsetzung der Stellenmeldepflicht. Dazu gehört die Automatisierung der Prozesse.

ANZEIGE

Kennen Sie Ihr Erfolgsrezept? Ein gesundes Team.



Gesunde und motivierte Mitarbeitende sorgen nicht nur für ein angenehmes Arbeitsklima, sondern auch für den Erfolg eines Unternehmens. Bei gesundheitlichen Belastungen jeglicher Art stehen wir Ihnen und Ihrem Team beratend zur Seite. Erfahren Sie mehr dazu auf helsana.ch/gesunde-unternehmen
Für die Gesundheit Ihres Unternehmens engagiert.

Helsana
Engagiert für das Leben.

LESERBRIEF

Bürokratiemonster erschaffen

Zum Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs.

Wieder einmal wurde von der Bundesverwaltung aus einem gut gemeinten Gesetz mit der darauffolgenden Verordnung ein Bürokratiemonster erschaffen. Es geht um das Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF).

Dienstleister im Internetbereich werden automatisch als Fernmeldeanbieter FDA mit hohen Verpflichtungen eingeteilt. Es muss extrem viel überwacht werden. Eigentlich alle Internetaktivitäten der Bürger, teilweise auch ohne dass ein Verdacht besteht. Kleine Internetdienstleister haben fast keine Chance, das wirtschaftlich bezahlbar durchzuführen. Und auch wenn man sich runterqualifizieren kann vom FDA zum reduzierten FDA, sind die Reaktionszeiten und Anforderungen wie auch Überwachungsdetails weiterhin sehr extrem. Die Strafen, wenn Reaktionszeiten (von maximal einer Stunde) nicht

eingehalten werden, sind mit 40 000 bis 100 000 Franken extrem hoch. Das ist nicht tragbar für die Wirtschaft. Insbesondere für KMU und Start-ups, da sehr schwammige und unberechenbare Vorschriften gesetzt wurden. Start-ups werden diese nicht einhalten können. KMU mit weniger als 30 Mitarbeitenden auch nicht. Es betrifft nicht nur Internetdienstleister, sondern alle Firmen, sobald nur irgendwelche Services (Online-Marktplatz, Hochladen von Inhalten, Storage, Lokalisierungsdienste) im öffentlichen Internet sind.

Ich habe zwar auch für das BÜPF gestimmt – aber dass es sich so nachteilig für die KMU auswirken würde, habe ich nicht erwartet. Die Bundesverwaltungsabteilung hat sich wieder einmal selbstständig gemacht.

Albert Vitali, Nationalrat (FDP/LU) und Unternehmer

Starker Tobak

«Wo bleibt die Verantwortung für die Volkswirtschaft?», Leserbrief zur Abstimmung über das Waffenrecht, sgz vom 5. April.

Mit seinem Leserbrief zu der am 19. Mai 2019 zur eidgenössischen Volksabstimmung kommenden EU-Waffenrichtlinie hat der sich mit ehemaligen Federn schmückende (Oberst a D und Altpräsident der Offiziersgesellschaft Zürichsee rechtes Ufer) **Roger E. Schärer** einen neuen Tiefpunkt gesetzt.

Herr Schärer bezichtigt die Gegner des Entwaffnungsdiktats der EU der Unehrllichkeit, Charakterlosigkeit und Zielgenauigkeit und des Verrats der Schützentraktionen. Scharfer Tobak für einen ehemaligen hohen Offizier der Schweizer Armee, welcher sich auch gegen die Nein-Parolen-Fassung der

Schweizerischen Offiziersgesellschaft zur Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie stellt.

Ich fordere Herrn Schärer auf, seine Unterstellungen am Sonntag, 12. Mai, nach dem Gottesdienst auf dem Dorfplatz von Küsnacht (ZH) öffentlich zu wiederholen. Ich bin gespannt, ob Herr Schärer bereit ist, sich der Öffentlichkeit zu stellen.

Hans-Peter Amrein, Mitglied Gewerbeverein Küsnacht, Mitglied Schützenverein Maur-Binz-Fällanden und Kantonsrat (SVP, Küsnacht)